

Bemerkung zur falschen Heranziehung demografischer Argumente in der öffentlichen Diskussion

In der öffentlichen Debatte wird die *demografische Entwicklung* häufig fehlerhaft als die wichtigste oder zumindest eine der sehr wichtigen Ursachen der wirtschaftlichen Probleme, der Finanzprobleme der Sozialsysteme, insbesondere der Rentenversicherung dargestellt. Dies ist meiner Ansicht nach falsch. Richtig ist, dass die regionalen Disparitäten, insbesondere in Ostdeutschland, die durch Abwanderung und Geburtenrückgang bedingt sind, gravierende Wirkungen haben, die in der Zukunft noch weiter zunehmen. Dies ist in dem Gutachten „Demografischer Wandel“ des Berlin-Instituts, Juni 2009, völlig richtig herausgearbeitet worden.

Falsch ist aber, wenn in der öffentlichen Debatte und von bestimmten politischen Kreisen demographische Begründungen auf der volkswirtschaftlichen Ebene herangezogen werden, was besonders hinsichtlich der Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung regelmäßig geschieht. So suggeriert die beiliegende Grafik des Statistischen Bundesamtes 2006 eine demographische Katastrophe, weil insbesondere nach 2010 der Gesamtquotient (die Summe von Alters- und Jugendquotienten) in einer Weise ansteigt, dass man den Eindruck bekommt, in Zukunft würde fast niemand mehr arbeiten und rund 90% der Bevölkerung (derzeit schon 64%) würden Transfers beziehen, die von nur gut 10% der Bevölkerung erarbeitet werden müssten. Auch wenn die dieser Grafik des statistischen Bundesamtes zugrunde liegenden Zahlen richtig sind und die Darstellung sachlich keine Fehler hat, so suggeriert sie dieses Missverständnis und damit die Unwahrheit. Die folgenden Grafiken (auf exakt denselben Daten beruhend) zeigen, dass die Entwicklung sehr viel undramatischer ist. Schon die Beschäftigung der heute Erwerbslosen und eine moderat steigende Erwerbsquote würden völlig ausreichen, um die demographisch bedingten Probleme auf der volkswirtschaftlichen Ebene, einschließlich der Finanzierung der Rentenversicherung, vollständig zu kompensieren. Dies gilt natürlich nicht für die wanderungsbedingten regionalen Disparitäten!

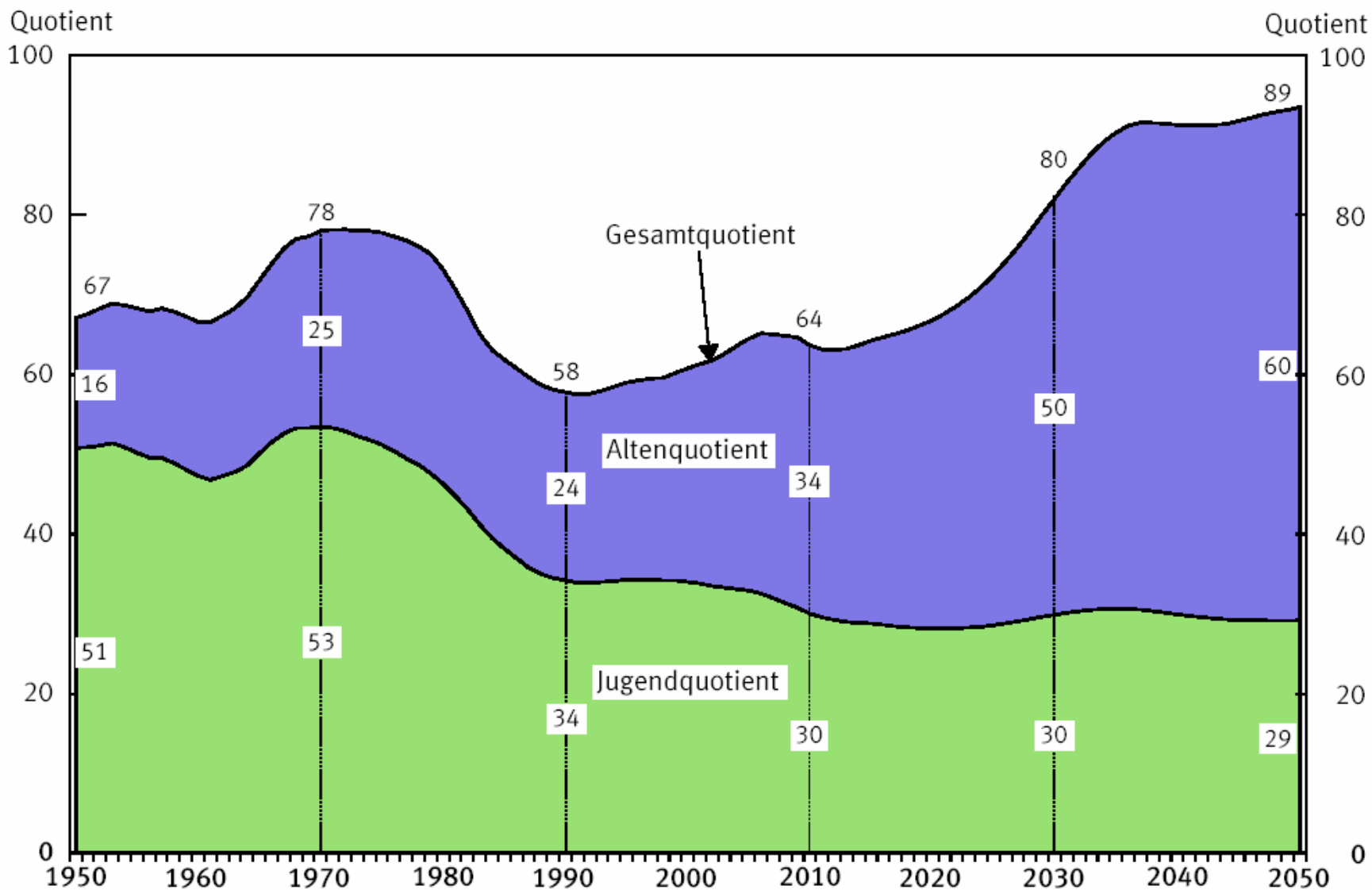
Die seit den 1970er und 1980er Jahren auftretenden volkswirtschaftlichen Probleme – geringer werdende Produktivitätszuwächse, geringeres BIP-Wachstum, steigende Sockelarbeitslosigkeit, wachsende Defizite der Finanzen der Sozialsysteme, Probleme bei der Steuereinnahmen des Staates – sind nicht demographisch bedingt, sondern haben ihre Ursache in Veränderungen der Lohnentwicklung und des Regulationssystems der Arbeitnehmereinkommen. Bis in die 1970er Jahre orientierte sich die Entwicklung der Masseneinkommen an der Entwicklung der Produktivität, seit den

1980er Jahren bleibt die Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen hinter der Produktivität zurück, seit 1997 in dramatischer Weise. Die Produktivitätssteigerung seit 1992 beträgt jährlich nominal im Durchschnitt 2,42 %, die Lohnsteigerung nur 1,9 %, knapp über der Verbraucherpreissteigerung. Kumulativ ergibt sich eine Produktivitätssteigerung von knapp 50 % und eine Lohnsteigerung von 28 %. Bei einer produktivitätsorientierten Lohnentwicklung wären also die Arbeitnehmereinkommen, die Einnahmen der Sozialversicherung und die Steuereinnahmen des Staates nominal bis zu 20 % höher als sie heute sind. Die Arbeitslosigkeit wäre geringer und das BIP entsprechend höher. Es gäbe keine Finanzprobleme der Rentenversicherung. Bei einer produktivitätsorientierten Steigerung der Masseneinkommen würden man auch die künftigen demographischen Probleme auf der volkswirtschaftlichen Ebene leicht lösen können. Bei angenommen mittleren Steigerungsraten der Produktivität von rund zwei Prozent (real) und einer EU-Zielinflationsrate von zwei Prozent wäre eine nominale jährliche Steigerung der Masseneinkommen (und der Unternehmensgewinne) von drei bis vier Prozent jährlich zu erwarten. Die Zunahme des Anteils der Rentner (Veränderung des Verhältnisses von Erwerbstätigen und Transferempfängern) würde maximal ein halbes Prozent dieser Steigerung kosten, also netto würden die Masseneinkommen nur um 2,5 bis 3,5 % jährlich steigen. Nimmt man ein weiteres Prozent für die Bewältigung der Energiewende und die ökologische Modernisierung der Produktions- und Konsumtionsweise hinzu, blieben immer noch nominal rund zwei Prozent für Zunahme des privaten Konsums, der natürlich weniger aus quantitativer Zuwachs, sondern als qualitative Veränderung zu realisieren wäre, eher für Bildung u.ä. ausgegeben werden sollte und zudem besonders den unteren Einkommensschichten zukommen sollte. Die wirklichen Probleme des Umbruchs sind inhaltlicher Art, betreffen die inhaltliche Änderung der volkswirtschaftlichen Entwicklungsrichtung.

Tatsächlich sind die demographischen Argumente Teil einer politischen Strategie, die erfolgreich Druck auf die Arbeitnehmer und die sozial schwachen ausüben sollte und soll, die Lohnentwicklung beeinflussen sollte und soll, zur Rechtfertigung einer teilweisen Privatisierung der Rentenversicherungsdienste und dient und Sozialabbau rechtfertigt. Dabei spielen neben interessengeleiteter Argumentation natürlich auch Unkenntnis volkswirtschaftlicher Zusammenhänge und Denkfehler eine Rolle. Aus meiner Sicht gehört es zu unserer Verantwortung als Wissenschaftler, dem Missbrauch demographischen Argumente in der öffentlichen Debatte nachdrücklicher entgegenzutreten.

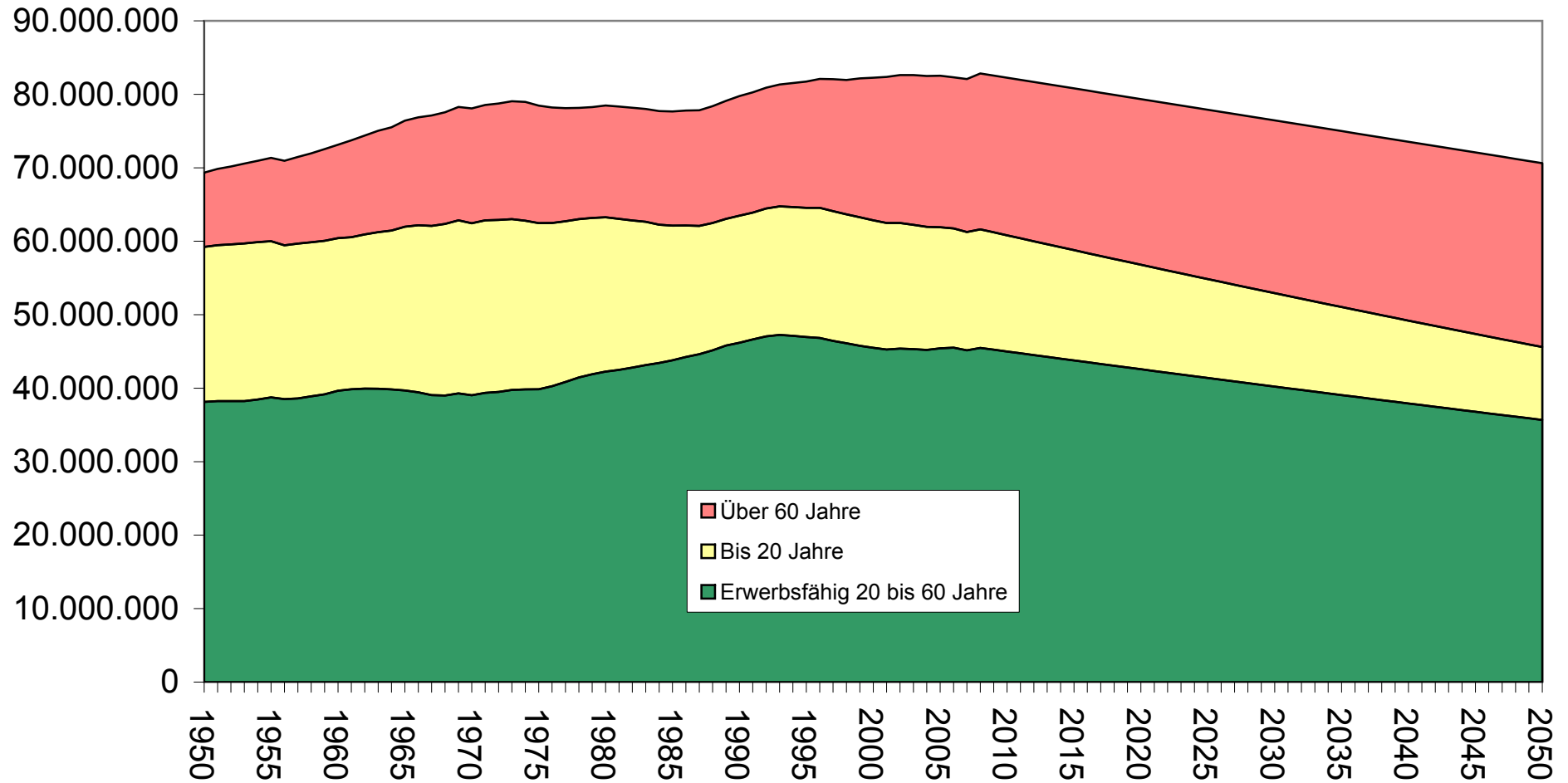
Jugend-, Alten- und Gesamtquotient¹⁾ mit den Altersgrenzen 20 und 65 Jahren²⁾

Ab 2006 Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

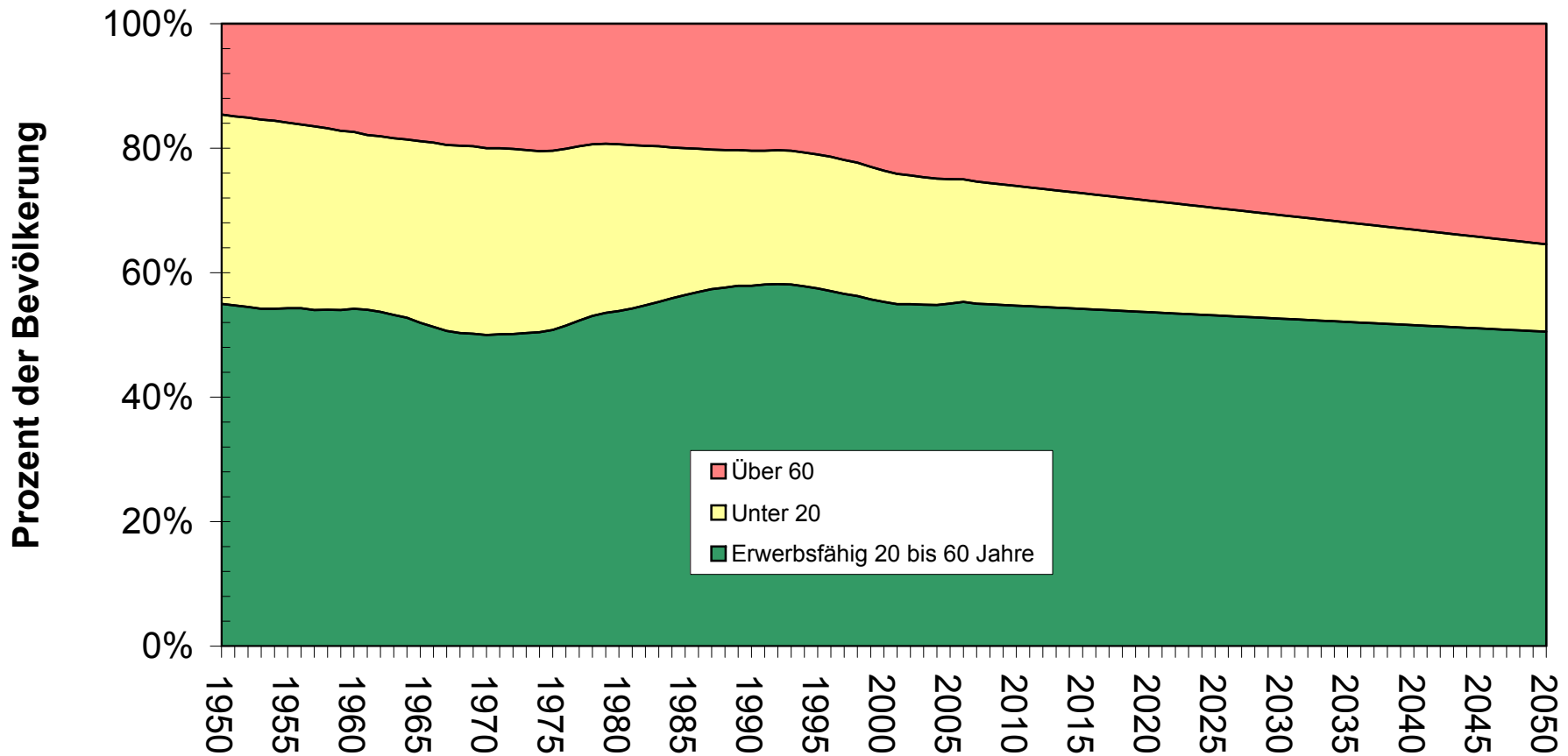


1) „Mittlere“ Bevölkerung, Obergrenze: konstante Geburtenhäufigkeit, Basisannahme zur Lebenserwartung, Wanderungssaldo von 200 000 Personen. – 2) Jugendquotient: unter 20-Jährige je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren; Altenquotient: 65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren; Gesamtquotient: unter 20-Jährige und ab 65-Jährige je 100 Personen im Alter von 20 bis 65 Jahren.

Erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Bevölkerung 11. Bevölkerungsvorausschätzung

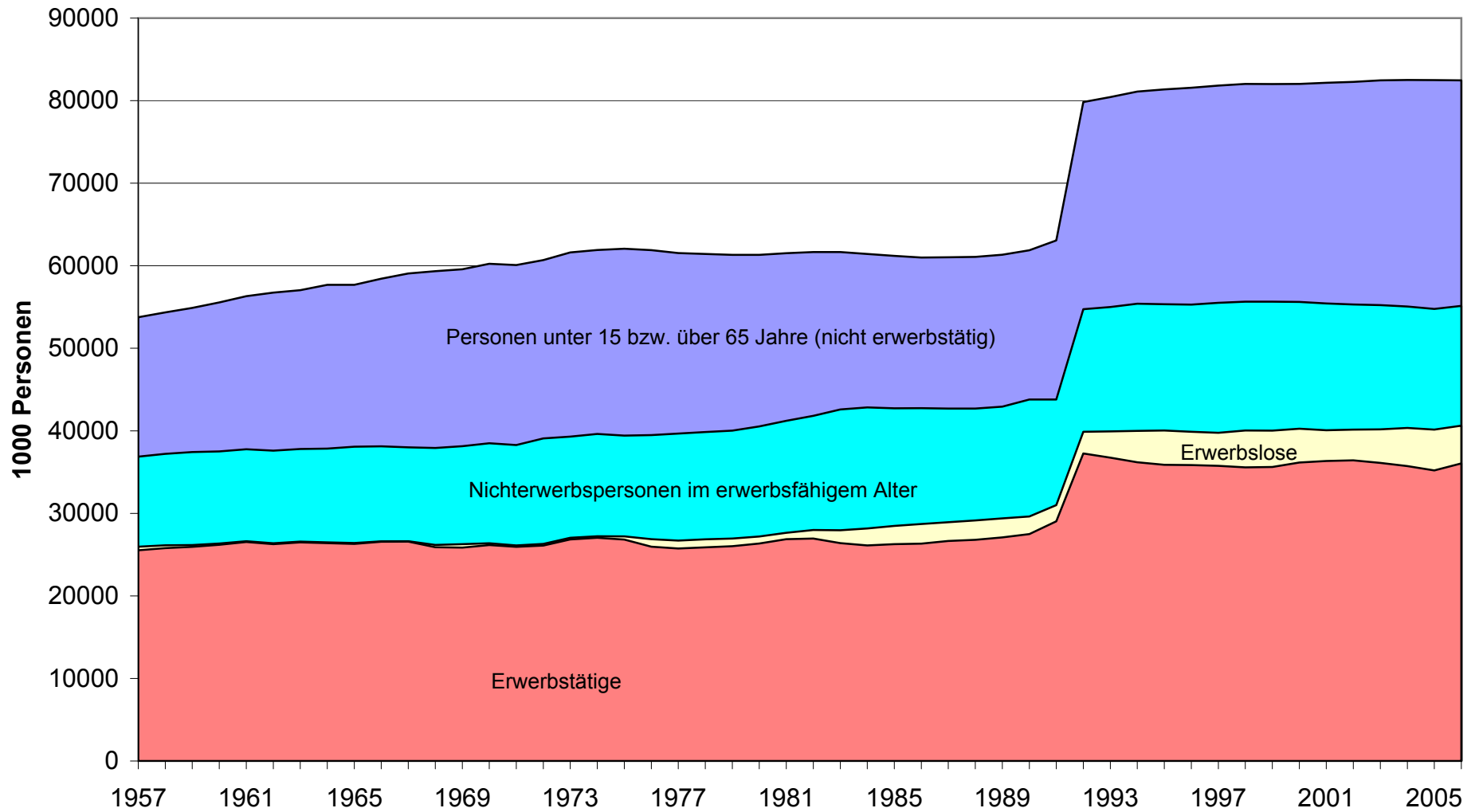


Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis 60 Jahre) an Gesamtbevölkerung Prognose 11. Bevölkerungsvorausschätzung



Bevölkerung nach Erwerbsstatus

bis 1990 alte Bundesländer, ab 1991 Deutschland



Bevölkerung nach Erwerbsstatus

bis 1990 alte Bundesländer, ab 1991 Deutschland

